

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 61 September 2018

ISSN 1439-2011

Kein Frieden in Sicht – Der Nahostkonflikt

Mateo Hima

2. Auflage mit Aktualisierung als Nachwort vom März 2021

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
Konto 89 420 814
IBAN DE73 490501010089 420814
Swift-Code WELADED1MIN

Der BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Zu den Autor*innen:

Mateo Hima studiert nach einer Ausbildung zum Sozialversicherungsfachangestellten Geschichte und Politikwissenschaften an der Universität Kassel. Er absolvierte von Juli bis August 2018 ein Praktikum beim BSV, in dessen Rahmen dieses Hintergrund- und Diskussionspapier entstanden ist.

Jule Kegel studiert Politikwissenschaften an der Leibniz-Universität Hannover. Das Nachwort verfasste sie während ihres Praktikums beim BSV im Januar-März 2021.

Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung

Schwarzer Weg 8

32423 Minden

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 61

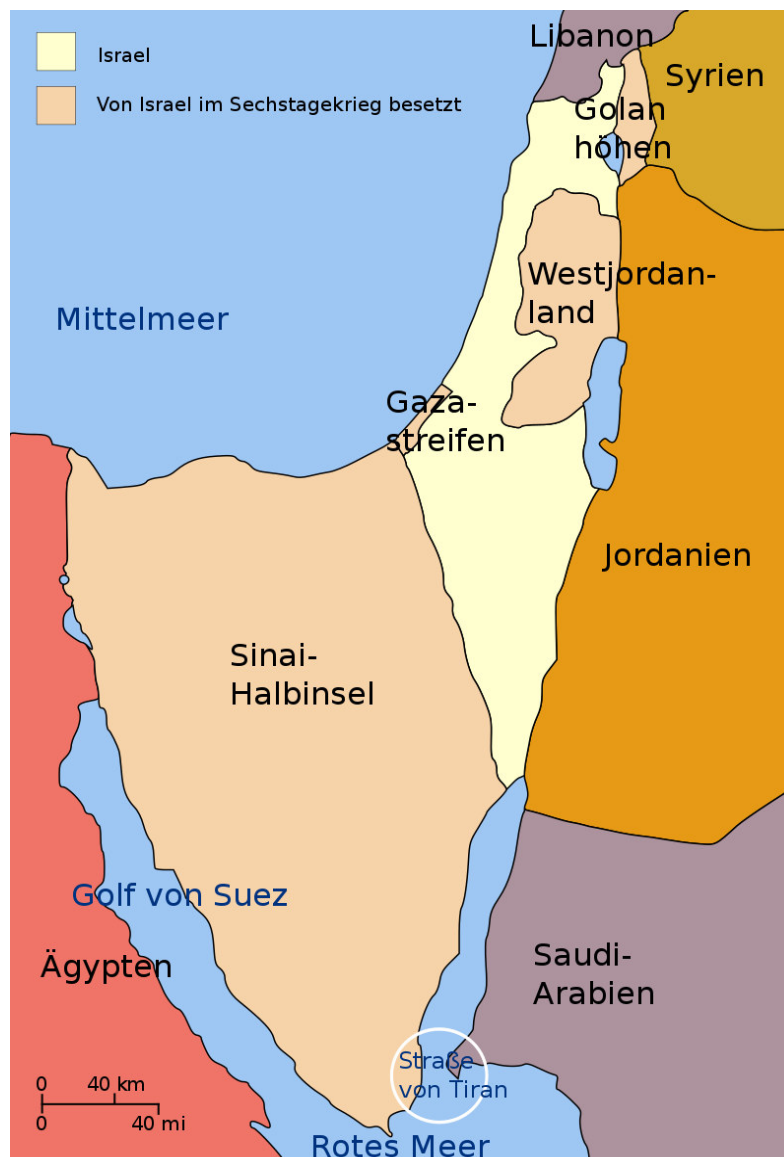
September 2018; 2. ergänzte Auflage März 2021

ISSN 1439-2011

1,50 Euro

Inhalt

Zusammenfassung	4
1. Welchen Hintergrund hat der Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser*innen?	5
Antike	5
Von Ende des Osmanischen Reiches bis zum UN-Teilungsplan	6
Staatsgründung Israels	6
Der Sechs-Tage-Krieg und die Folgen.....	7
Intifada – Oslo – Intifada	7
Palästinensische Autonomiegebiete	9
2. Wie wird der Konflikt heute ausgetragen?.....	11
Die Fatah im Westjordanland	11
Illegaler Siedlungsbau	12
Humanitäre Situation im Gazastreifen.....	12
Ausblick	13
Nachwort: Die Entwicklungen bis zum März 2021	16
Literaturverzeichnis	19
Quellenverzeichnis zum Nachwort	20



Von Six Day War Territories.svg: User:Ling.Nutderivative work: Rafyderivative work: KordasTranslated to german by Steinsplitter - Diese Datei wurde von diesem Werk abgeleitet: Six Day War Territories.svg, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=49902970>

Zusammenfassung

Die Wurzeln des Nahostkonflikts zwischen Israel und Palästina lassen sich historisch weit zurückverfolgen. Nach Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches wurde Palästina von Großbritannien verwaltet. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust emigrierten Hunderttausende überlebende Jüd*innen nach Palästina. Im November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der UN schließlich eine historische Entscheidung – den Teilungsplan Palästinas.

Nach Ende des britischen Mandats rief Ben Gurion den unabhängigen Staat Israel aus. Dieser Tag ist für Israel seitdem ein Feiertag; für die Araber*innen ging der Tag jedoch als „Nakba“ (Katastrophe) in die Geschichte ein. Noch am Tag der Verkündung griffen Syrien, Libanon, Jordanien, Ägypten und der Irak an. Im Juli 1948 wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Israel konnte seine Gebiete verteidigen und weitere palästinensische Gebiete erweitern.

Im Sechstagekrieg 1967 eroberte Israel Ostjerusalem und das Westjordanland, die ägyptische Sinai-Halbinsel und die syrischen Golanhöhen aber auch den Gazastreifen, der zu dieser Zeit von Ägypten verwaltet worden ist. Aus dem Gazastreifen zogen 2005 die letzten israelischen Soldaten ab, heute ist der Gazastreifen abgeriegelt. Seit dem Sechs-Tage-Krieg leben die Palästinenser*innen unter israelischer Besatzung.

Zu einer weiteren Auseinandersetzung kam es mit der ersten Intifada, die zunächst durch zahlreiche friedliche Aktionen begleitet war. Es kam allerdings auch wiederholt zu militanten Aktionen bei denen insgesamt 1000 Menschen starben. Erste Teilerfolge im Friedensprozess zwischen Palästina und Israel konnten 1993 (Oslo I) und 1995 (Oslo II) erzielt werden. Nachdem der Bau von israelischen Siedlungen in palästinensischen Gebieten wieder vorangetrieben wurde, spitzten sich die Konflikte jedoch erneut zu und mündeten im Jahr 2000 in der zweiten Intifada. Als Reaktion auf die Angriffe von radikalen Palästinensergruppen begann Israel im Jahr 2003 mit dem Bau einer Sperranlage um das Westjordanland. Der Verlauf der Mauer wurde vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag 2004 als völkerrechtswidrig erklärt.

Trotz alarmierender humanitärer Situation im Gazastreifen durch eine israelische Blockade, welche der Zivilbevölkerung den Zugang zu lebenswichtigen Gütern verwehrt, dauern die Auseinandersetzungen weiter an. Außerdem ist der illegale Siedlungsbau, vor allem im Westjordanland, zusammen mit der Vertreibung hunderttausender Palästinenser*innen, ein Hindernis für einen Frieden im Nahen Osten. Auch die palästinensische Selbstverwaltung steht in Kritik für ihr gewaltsames und repressives Vorgehen. Der Frieden rückt damit in Ferne und Leittragende sind Zivilist*innen auf beiden Seiten. Dabei fehlt es auf israelischer und palästinensischer Seite nicht an Friedensbewegungen, die sich für eine friedliche Konfliktlösung einsetzen.

Der Konflikt zwischen Israel und Palästina ist geprägt von dutzenden Kriegen und etlichen gescheiterten Friedensverhandlungen. Die Gewalttaten im „Heiligen Land“ sind allgegenwärtig: terroristische Anschläge der Hamas, Angriffe meist junger Palästinenser*innen auf israelische Soldat*innen, Gewalt durch israelische Sicherheitskräfte, Vertreibung von Palästinenser*innen durch jüdische Siedler*innen und der Bau einer Mauer zum Westjordanland durch die israelische Führung. Darüber hinaus ist die humanitäre Situation im Gazastreifen alarmierend. Und dann ist da noch Donald Trump, der Öl ins Feuer gießt. Aber der Reihe nach.

1. Welchen Hintergrund hat der Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser*innen?

Antike

Die Region Israel-Palästina gilt als die Wiege des Judentums. In der Region gab es vor dem 6. Jahrhundert v. Chr. zwei Königreiche– das Nordreich Israel und das Südreich Juda mit der Hauptstadt Jerusalem. Das Nordreich wurde 722 v. Chr. von den Assyrern eingenommen; 597 v. Chr. fiel Juda unter babylonische Herrschaft. Die Oberschicht des Landes wurde nach Babylon gebracht. Nach der Eroberung Babylons durch Persien (539 v. Chr.) kehrten die Verschleppten nach Palästina zurück. Im Bestreben der zwischenzeitlich Vertriebenen, die eigene kulturelle und religiöse Identität zu erhalten, sieht die moderne Geschichtsforschung die Geburtsstunde des Judentums, während die religiöse Geschichtsschreibung sich an dem Alten Testament der Bibel orientiert und die Entstehung des Judentums deutlich früher ansetzt.¹

Im Jahr 70 n. Chr. wurde Jerusalem während des jüdisch-römischen Krieges vom römischen Heerführer Titus eingenommen und der Jerusalemer Tempel zerstört. Tischa beAv ist ein jüdischer Festtag, der an die Zerstörung des Tempels erinnert. Der erfolgreiche römische Feldzug in Judäa („Land der Jüd*innen“) bedeutete für die jüdische Bevölkerung den endgültigen Verlust ihres Staatswesens. Viele verließen die Region und zerstreuten sich über Vorderasien, Nordafrika und den Mittelmeerraum; später zogen viele Jüd*innen nach Mittel- und Osteuropa. Nur eine kleine jüdische Minderheit blieb im Land, das seit 135 n. Chr. „Palästina“ genannt wird.

Nach der Vertreibung aus Jerusalem musste das religiöse Leben der Jüd*innen neu organisiert werden. Diaspora ist ein Begriff, der seinen Ursprung in der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung hat.² Es ist ein wichtiger Bezugspunkt für die Identität jüdischer Bevölkerungsgruppen. Im Jahr 135 n. Chr. wurde Jerusalem nach dem Bar-Kochbas-Aufstand endgültig zerstört. Die römische Stadt Aelia Capitolina wurde auf dem zerstörten Jerusalem erbaut und den verbliebenen Jüd*innen unter Androhung der Todesstrafe der Zutritt verboten.³ Nach der Vertreibung 135 n. Chr. glaubten die Jüd*innen weiterhin fest an eine Rückkehr in ihre Heimat Judäa (Palästina). Der Glaube an das gelobte Land und die Ankunft des Messias ist schriftlich in der hebräisch-aramäischen Bibel und im jüdischen Handgebet verankert: „An jenem Tag wird der Herr Ähren ausklopfen vom Euphrat bis zum Strom Ägyptens; und ihr, ihr werdet aufgelesen werden, einer nach dem anderen, Söhne Israels!“⁴ .

¹ Vgl. ORF, Jüdische Geschichte, in: Religion. ORF, <https://religion.orf.at/lexikon/stories/2608374/>, abgerufen am 22.08.2018.

² Vgl. Dr. Boris Nieswand, Was ist eine Diaspora, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 05.02.2018, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz dossiers/264009/was-ist-eine-diaspora?p=all>, abgerufen am 12.07.2018.

³ Vgl. Prof. em. Dr. Arno Herzig, Judentum in Antike und Frühmittelalter, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 05.08.2010, http://www.bpb.de/izpb/7646/Jüd*innentum-in-antike-und-fruehmittelalter?p=1, abgerufen am 12.07.2018

⁴ Katholische Bibelanstalt, Jesaja 27, in: BibleServer, <https://www.bibleserver.com/text/EU/Jesaja27>, abgerufen am 12.07.2018.

„Palästina“ bezeichnet ein Gebiet, auf dem sich heute der Staat Israel, der Gazastreifen, das Westjordanland, Teile Syriens, des Libanon und Jordaniens (das Ostjordanland) befinden. Im Jahr 1517 wurde es Teil des Osmanischen Reichs; die Bevölkerung war mehrheitlich arabisch.

Von Ende des Osmanischen Reiches bis zum UN-Teilungsplan

Über Jahrhunderte wurden Jüd*innen in vielen Ländern Europas verfolgt. Im späten 19. Jahrhundert wurde der Wunsch nach einem eigenen Staat eine sehr wirkkräftige Vision, bestärkt vom wachsenden Antisemitismus und Pogromen, besonders in Osteuropa.⁵ Theodor Herzl gilt als Hauptbegründer und „Vater des politischen Zionismus“. Er veröffentlichte am 14.02.1896 sein Buch „Der Judenstaat“, wo er argumentierte, dass die Jüd*innen aufgrund von Antisemitismus und Diskriminierung einen eigenen Staat benötigten.⁶ Das einzige Land, welches in Betracht kam, war das „gelobte“ Palästina. Rund 25.000 Jüd*innen vor allem aus Osteuropa zogen in der Folgezeit nach Palästina. Sie kauften das Land reichen osmanischen Landbesitzern ab; deren Pächter*innen wurden meist einfach vertrieben.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches wurde Palästina von Großbritannien verwaltet.⁷ Die britische Regierung genehmigte die Einwanderung von Jüd*innen aus der zionistischen Bewegung. Dabei stießen diese teilweise auf bewaffneten Widerstand der im Land lebenden Araber*innen. Bis zum 2. Weltkrieg waren rund 400.000 Jüd*innen nach Palästina emigriert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem größten Verbrechen der Menschheit, dem Holocaust, emigrierten Hunderttausende überlebender Jüd*innen nach Palästina. Am 29. November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der UN eine historische Entscheidung, den Teilungsplan Palästinas. Ein Sonderausschuss der UN war im Sommer 1947 nach Palästina gereist und hatte mit beiden Konfliktparteien geredet. Nach der Reise wurde ein friedliches, konfliktfreies und einheitliches Palästina für Jüd*innen und Araber*innen für unrealistisch gehalten und abgelehnt.⁸ Es wurde befürchtet, dass Konflikte wie in den 1930er Jahren wieder ausbrechen und die Großmächte intervenieren müssten. Diese, vor allem Großbritannien, wollten „das Problem“ loswerden.⁹ Mit 33 zu 13 bei 10 Enthaltungen wurde der UN-Teilungsplan angenommen.

Staatsgründung Israels

Nach Ende des britischen Mandats rief Ben Gurion noch am gleichen Tag, dem 14. Mai 1948, den unabhängigen Staat Israel aus. Für Israel seitdem ein Feiertag; für die Araber*innen ging der Tag als „Nakba“ (Katastrophe) in die Geschichte ein. Noch am Tag der Verkündung griffen Syrien, Libanon, Jordanien, Ägypten und der Irak an. Für Israel ging es um die Existenz, während die arabischen Staaten sich gegenseitig wenig vertrauten. Außerdem verfügte Israel trotz militärischer Unterlegenheit über modernere Waffen. So gelangen den arabischen Ländern nur anfangs

⁵ Vgl. Angelika Timm, Die Gründung des Staates Israel, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 28.03.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/44995/gruendung-des-staates-israel>, abgerufen am 16.07.2018.

⁶ Vgl. Günter Kaindlstorfer, Theodor Herzl und der jüdische Staat, in: Deutschlandfunk, 15.02.2016, https://www.deutschlandfunk.de/stammvater-des-zionismus-theodor-herzl-und-der-juedische.1310.de.html?dram:article_id=345695, abgerufen am 16.07.2018.

⁷ Im geheimen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 teilten Frankreich und Großbritannien die Region nach Interessensphären unter sich auf. Es wurde 1920 umgesetzt: Frankreich erhielt Syrien und den Libanon als „Mandatsgebiete“, Großbritannien den Irak, Transjordanien und Palästina. Die Aufteilung wurde durch den Völkerbund und die Balfour-Erklärung 1923 bestätigt.

⁸ Vgl. Matthias Bertsch, Die Verabschiedung des UN-Teilungsplans für Palästina, in: Deutschlandfunk, 29.11.2017, https://www.deutschlandfunk.de/vor-70-jahren-die-verabschiedung-des-un-teilungsplans-fuer.871.de.html?dram:article_id=401855, abgerufen am 16.07.2018.

⁹ Vgl. ebd.

Teilerfolge. Im Juli 1948 wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Israel konnte seine Gebiete verteidigen und um weitere palästinensische Gebiete erweitern.¹⁰ Von da an konnte von einem unabhängigen Palästina nicht mehr die Rede sein. Die bis heute völkerrechtlich anerkannte Grenzlinie zwischen Israel und Palästina wurde 1948 gezogen; der Gazastreifen und das Westjordanland, die keine geographische Verbindung haben, wurde den Palästinenser*innen zugesprochen.

Der Sechs-Tage-Krieg und die Folgen

Seit der Unabhängigkeit Israels kam es immer wieder zu Konflikten mit den Nachbarstaaten. 1967 mündeten die Konflikte im „Sechs-Tage-Krieg“. Gegner*innen Israels sprechen von einem „Angriffskrieg“ seitens Israels, Israel von einem „Präventivschlag“. Zuvor hatte der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser angedeutet, die Israelis vernichten zu wollen.¹¹ Zudem stagnierte die Wirtschaft Israels, die Arbeitslosigkeit war hoch und tausende Israelis verließen das Land. Die Nervosität der Regierung stieg und das Militär machte klar, dass ein Sieg nur möglich wäre, wenn Israel den ersten Schlag durchführte und die Luftwaffe der anderen zerstörte.¹² Ohne zu wissen, ob Präsident Nasser die Drohungen gegen Israel realisieren würde, gingen israelische Streitkräfte am Morgen des 5. Juni 1967 zum Überraschungsangriff über und zerstörten die ägyptische Luftwaffe innerhalb weniger Stunden.

Israel eroberte den von Ägypten verwalteten Gazastreifen, die von Jordanien 1948/49 annektierten Gebiete Ostjerusalem und das Westjordanland, die ägyptische Sinai-Halbinsel und die syrischen Golanhöhen. Die Sinai-Halbinsel wurde im Rahmen des „Camp-David-Abkommens“ 1974-82 schrittweise an Ägypten zurückgegeben. Aus dem Gazastreifen zogen 2005 die letzten israelischen Soldaten ab, allerdings behält Israel bis heute die effektive Kontrolle über den bitterarmen Streifen. Gaza ist abgeriegelt. Ohne Kontrolle darf nicht ein- oder ausgereist werden.

Intifada – Oslo – Intifada

Seit dem Sechs-Tage-Krieg leben die Palästinenser*innen unter israelischer Besatzung. Politische Gruppen wurden verboten, es spielte keine Rolle, ob sie radikal oder gemäßigt waren.¹³ Ein eigener Staat schien in weiter Ferne. Verzweiflung und Wut über bestehende Verhältnisse nahmen zu. Im Jahr 1987 kam zur ersten Intifada (arab. für Aufstand/Erhebung). Auslöser war ein Verkehrsunfall am Grenzübergang zum Gazastreifen. Ein israelischer Militärlastwagen war mit zwei Taxen zusammengestoßen. Vier Palästinenser*innen starben. Die Lage war angespannt, zuvor gab es bereits Auseinandersetzungen im Gazastreifen. Der Unfall brachte das Fass zum überlaufen und löste sowohl im Gazastreifen, als auch im Westjordanland, große Aufstände aus. Die erste Intifada war geprägt von zahlreichen friedlichen Aktionen.¹⁴ Darunter fielen Generalstreiks, Gründungen von Hilfskomitees, das Hissen der damals verbotenen palästinensischen Flagge und das Verteilen von Flugblättern. Für den palästinensischen Architekturprofessor Yazed Anani, der als Schüler in Ramallah an den Protesten teilnahm, ging es um zivilen Widerstand gegen eine militärische Besatzungsmacht: „Es ging weniger um den Feind als um die Sache: Wir

¹⁰ Vgl. Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V. München, Israel und Palästina - Wem gehört das Heilige Land? . München, 24.07.2018, <file:///C:/Users/Mateo/Downloads/Studiengesellschaft%20f%C3%BCr%20Friedensforschung%20e.V.%20M%C3%BCnchen.pdf>, abgerufen am 13.08.2018, S. 9.

¹¹ Vgl. Ina Rottscheidt, Befreites Land – besetztes Land, in: Deutschlandfunk, 05.06.2017, https://www.deutschlandfunk.de/sechs-tage-krieg-1967-befreites-land-besetztes-land.724.de.html?dram:article_id=387889, abgerufen am 13.08.2018.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. Patrick Gensing, Was ist die Intifada? in: Faktenfinder, Tagesschau, 07.12.2017, <https://faktenfinder.tagesschau.de/ausland/intifada-103.html>, abgerufen am 14.08.2018.

¹⁴ Vgl. Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V. München a.a.O., S. 23.

wollten Befreiung. Natürlich wollten wir die israelische Militärverwaltung loswerden, zu der wir immer gehen mussten, um Genehmigungen für alles Mögliche zu kriegen. Aber wir wollten eine Gesellschaft nach unseren eigenen Vorstellungen aufbauen, das war das Ziel der Intifada und nicht das Kämpfen als Selbstzweck.“¹⁵ Es kam dennoch immer wieder zu militanten Aktionen (Molotow-Cocktails, Steine).¹⁶ Insgesamt starben während der ersten Intifada über 1.000 Menschen, mehrheitlich Palästinenser*innen. Hunderte „Kollaborateure“ wurden durch ihre eigenen Landsleute ermordet. In dieser Zeit gründete sich die „ Hamas“.

Nach vier Jahren Intifada wurde Jitzchak Rabin neuer Ministerpräsident Israels. Die neue Führung verbot jeglichen Siedlungsbau in palästinensischen Gebieten. In Oslo kam es zum Treffen von Regierungsmitarbeiter*innen Israels und hochrangigen Vertreter*innen der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation).¹⁷ Es folgte ein Kompromiss über die besetzten Gebiete. Israel stimmte zu, sich etappenweise aus den besetzten palästinensischen Gebieten zurückzuziehen.¹⁸ Im Gegenzug sollte eine palästinensische Autonomiebehörde die Gebiete verwalten. Im September 1993 unterzeichneten Jitzchak Rabin und der PLO-Chef Jassir Arafat ein Grundsatzabkommen in Washington, die Oslo-Verträge - eine Prinzipienklärung über die vorübergehende Selbstverwaltung im Gaza-Streifen und dem Westjordanland (Oslo I).¹⁹

Im September 1995 folgte das Oslo-II-Abkommen. Mit dem Abkommen wurde die Zukunft des Westjordanlands beschlossen. Das Gebiet sollte in palästinensische, israelische und gemeinsame Zonen aufgeteilt werden.²⁰ Es waren erste Teilerfolge im Friedensprozess zwischen Palästina und Israel, auch wenn wichtige Streitpunkte vertagt wurden. Dazu zählte der Status Jerusalems, die palästinensische Staatsgründung, die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und der Umgang mit den jüdischen Siedlungen in besetzten Gebieten. Trotz vieler ungelöster Fragen sollte die historische Bedeutung der Abkommen nicht unterschätzt werden. Nach 60 Jahren Gewalt und Verachtung wurden gegenseitige Anerkennungen geschrieben. Der Händedruck von Rabin und Arafat, in Anwesenheit von US-Präsident Bill Clinton, ging um die Welt. Daraufhin erhielten Rabin, Arafat und der damalige israelische Außenminister Schimon Peres den Friedensnobelpreis. In der eigenen Bevölkerung stießen die Verträge auf beiden Seiten zum Teil auf scharfe Kritik. Nationalistische und religiös-extremistische Kräfte lehnten die Verhandlungen ab. Immer wieder kam es zu Toten bei Zusammenstößen. In Palästina spalteten sich die Hamas und der islamische Dschihad der PLO ab. Israels Premier Rabin veranstaltete am 4. November 1995 eine Friedensdemonstration in Tel Aviv und hielt eine Rede. Unter anderem sagte er: „27 Jahre lang war ich ein Mann der Armee; solange es keine Gelegenheit für den Frieden gab, habe ich gekämpft. Heute glaube ich, dass es eine Chance für den Frieden gibt, eine große Chance. Diese Chance müssen wir ergreifen, zum Segen jener, die hier stehen, und auch für all jene, die nicht hier stehen – und sie sind viele“. Beim Verlassen der Bühne wurde er von einem ultra-rechten Israeli erschossen. Benjamin Netanjahu von der rechten Partei Likud wurde neuer Ministerpräsident – ein Mann, der zuvor immer wieder gegen Rabins Friedenspolitik gehetzt hatte. Die Siedlungsbauten in den besetzten Gebieten blühten wieder auf. Sowohl Netanjahu als auch Arafat waren in der Folgezeit nicht im Stande, den radikalen Gruppen auf beiden Seiten Einhalt zu gebieten.

¹⁵ Matthias Bertsch, Der Aufstand der Palästinenser, in: Deutschlandfunk, 09.12.2012, https://www.deutschlandfunk.de/der-aufstand-der-palaestiner-871.de.html?dram:article_id=229927, abgerufen am 14.08.2018.

¹⁶ Vgl. Martin Schäuble, Die Erste Intifada und das Friedensabkommen von Oslo, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 28.03.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45071/intifada-und-oslo>, abgerufen am 14.08.2018.

¹⁷ Vgl. Menachem Klein, 20 Jahre nach Oslo – Was ist geblieben? In: Rosa Luxemburg Stiftung in Israel, 12.09.2013, <http://www.rosalux.org.il/wp-content/uploads/2016/09/NWL12092013-OSLO-GER.pdf>, abgerufen am 14.08.2018, S.1.

¹⁸ Vgl. Martin Schäuble a.a.O.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. Tagesschau, Der Friedensprozess und die Verträge von Oslo, in: Tagesschau, Rubrik Ausland, 29.08.2007, <https://www.tagesschau.de/ausland/meldung338442.html>, abgerufen am 14.08.2018.

Die Konflikte spitzten sich zu und mündeten im Jahr 2000 in einer zweiten Intifada. Wie in der ersten Intifada genügte auch hier ein provokantes Ereignis, um Aufstände auszulösen. Auch dieses Mal hatte sich Frustration breit gemacht. Vor allem spielte die wirtschaftliche Situation der Palästinenser*innen eine wesentliche Rolle. Jede/r Zweite war in den Palästinensergebieten arbeitslos und jede/r Dritte hatte weniger als drei Euro pro Tag zur Verfügung.²¹ Palästinensische Gebiete wurden immer mehr abgeriegelt, somit war es für Landwirte schwer, ihre Erzeugnisse zu verkaufen. Auch Arbeiter*innen konnten aufgrund der Sperrungen keine Jobs mehr auf israelischer Seite annehmen. Die Angriffe von radikalen Palästinensergruppen schienen kein Ende zu nehmen. Zudem wurde weiterhin jüdischer Siedlungsbau in palästinensischen Gebieten vorangetrieben.

Der israelische Oppositionsführer Ariel Scharon brachte im September 2000 das Fass zum Überlaufen. Sein Auftreten am Tempelberg in Jerusalem war ein politisches Statement; Israel allein habe den Anspruch auf das gesamte Stadtgebiet. Dies führte zur zweiten Intifada, auch als Al-Aqsa-Intifada (bezieht sich auf Al-Aqsa-Moschee auf dem Tempelberg) bekannt. Im Gegensatz zur ersten Intifada (Massenproteste, Wirtschaftsboykotte, ziviler Ungehorsam), verlagerten palästinensische Attentäter während der zweiten Intifada die Angriffe nach Israel. Selbstmordanschläge stiegen enorm an, welche sowohl von der Hamas als auch vom militärischen Flügel der Fatah-Partei (Al-Aqsa-Brigaden), des damaligen Palästinenserpräsidenten Arafat, dirigiert wurden. Der vermeintliche Auslöser des Konflikts, Ariel Scharon, profitierte davon und wurde Ministerpräsident Israels. Aufgrund von steigenden Anschlägen seitens der Palästinenser*innen begann Israel im Jahr 2003 mit dem Bau einer über 750 Kilometer langen Sperranlage um das Westjordanland. Befürworter*innen sprechen von einem Zaun, Gegner*innen dagegen von einer Mauer. Mit Stacheldraht, Gräben, Zäunen, Bewegungsmelder und Beobachtungsposten versehen, verläuft die Sperranlage mit bis zu acht Meter hohen Betonmauern durch dicht bewohnte Gebiete. Internationale Kritik gibt es vor allem aufgrund des Verlaufs der Barriere. Ziel der Linienföhrung war es, jüdische Siedlungen im Westjordanland an das israelische Kernland anzugliedern. Es wurde keine Rücksicht auf die Waffenstillstandsgrenze von 1949 genommen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verurteilte 2004 den Verlauf der Mauer als völkerrechtswidrig.²² Im Februar 2005 vereinbarte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, der Nachfolger des 2004 verstorbenen Arafat, mit dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon einen beiderseitigen Waffenstillstand. Damit galt die Al-Aqsa-Intifada (zweite Intifada) offiziell als beendet.

Palästinensische Autonomiegebiete

Die Autonomiegebiete Palästinas setzen sich aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen zusammen. Die Gebiete sind voneinander getrennt. In einer Fläche von ungefähr 6.000 km² leben etwa 4,4 Mio. Palästinenser*innen.²³

1964 wurde die PLO, die palästinensische Befreiungsorganisation, gegründet. Es ging dem palästinensischen Nationalrat, einem Dach verschiedener palästinensischer Organisationen (u.a. der Fatah), darum, mit der PLO im Geiste des Panarabismus eine Vertretung des arabischen Volkes in Palästina zu schaffen. 1969 wurde Jassir Arafat Vorsitzender der PLO. Die PLO setzte zunächst auf den bewaffneten Kampf – die 1959 gegründete Fatah ist die stärkste Fraktion der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und war deren bewaffneter Arm. Hauptmittel waren in

²¹ Vgl. Martin Schäuble, Die Zweite Intifada und der Bau der Barriere, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 28.03.2018, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45077/zweite-intifada>, abgerufen am 14.08.2018.

²² Vgl. Ulrike Putz, Israels Bollwerk gegen Terrorismus, in: Spiegel Online, 08.08.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mauer-ums-westjordanland-israels-bollwerk-gegen-den-terrorismus-a-778243.html>, abgerufen am 14.08.2018.

²³ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Die Geschichte Palästinas, Fakten, in: lpb-bw, <https://www.lpb-bw.de/geschichte-palaestinas.html>, abgerufen am 17.08.2018.

den 1960er und 1970er Jahren terroristische Anschläge – unvergessen ist bis heute der Angriff auf israelische Sportler*innen während der Olympischen Spiele in München 1972.

Trotz der Gewalt gelang es der PLO, eine gewisse internationale Anerkennung zu erreichen: 1974 wurde sie als „Repräsentantin des palästinensischen Volkes“ von den Vereinten Nationen anerkannt. 2012 wurde Palästina zum „beobachtenden Nicht-Mitgliedstaat“ der UNO.

Das Westjordanland ist seit den Osloer Verträgen in drei Zonen aufgeteilt. Zone A betrifft ungefähr 17,2% des Westjordanlandes und ist unter palästinensischer Selbstverwaltung. Zone B betrifft etwa 23,8% des Westjordanlandes. Die PA (Palestinian Authority) verwaltet nur zivile Angelegenheiten. Israel ist für die innere Sicherheit zuständig. Zone C macht 59% des Westjordanlandes aus. Einzig für Bildung und Gesundheitsversorgung ist die PA zuständig. Infrastruktur, Landvergabe, Planung, Bau, Wasser und innere Sicherheit obliegen Israel.²⁴ Insgesamt gibt es mehr als 500 Kontrollpunkte und Absperrungen entlang des Westjordanlandes. Hinzu kommt die bereits erwähnte Sperranlage mit einer Länge von über 750 Kilometern. Der Zugang der Palästinenser*innen zu Arbeitsstellen, Schulen und Krankenhäusern ist enorm eingeschränkt. Der Bau der Mauer, größtenteils auf palästinensischem Gebiet, verwehrte den Bauern den Zugang zu Feldern und Wasserstellen. Die Einschränkungen zwangen über 200.000 Palästinenser*innen Umwege in Kauf zu nehmen, die zwei- bis fünfmal länger waren als eine direkte Verbindung zur nächstgelegenen Stadt.²⁵ Dabei handelte es sich um grundlegende Dienstleistungen.

Jerusalem („Stadt des Friedens“) ist der heilige Ort dreier Weltreligionen – dem Islam, dem Judentum und dem Christentum. Die Stadt liegt im Westjordanland und ist Teil des Nahostkonflikts. Im UN-Teilungsplan erhielt Jerusalem einen besonderen völkerrechtlichen Status. Es war geplant, die Stadt vorerst unter internationaler Kontrolle zu stellen. Während des Krieges, nach der Staatsgründung Israels 1948/49, wurde Westjerusalem von Israel besetzt, annektiert und zur Hauptstadt ernannt. Jordanien annektierte Ostjerusalem. Die Zweiteilung wurde von den Vereinten Nationen abgelehnt.²⁶ Während des „Sechs-Tage-Krieges“ besetzte Israel auch Ostjerusalem und annektierte das Gebiet mit der Verabschiedung des „Jerusalem-Gesetzes“ von 1981.²⁷ In dem von überwiegend Araber*innen bewohnten Gebiet befinden sich auch die heiligen Stätten. Die Verantwortung über die heiligen Stätten erhielt, im Rahmen der Oslo-Friedensverhandlungen, Israel.²⁸

Nach wie vor ist Jerusalem ein politisch hoch umstrittenes Gebiet. Amnesty International berichtet von Zwangsräumungen und Zerstörungen von Wohnhäusern palästinensischer Besitzer*innen.²⁹ Israel hat nach wie vor die militärische und politische Kontrolle über Jerusalem und beansprucht die komplette Stadt als Hauptstadt. 2018 wurde ein internationaler Dammbbruch befürchtet, als die USA ihre Botschaft nach Jerusalem verlegten, auch wenn die meisten anderen Staaten einen Umzug ihrer Vertretungen nach wie vor ablehnen. Der Gazastreifen, eines der am dichtesten besiedelten Regionen der Welt, ist 40 km lang und zwischen 6-14 km breit (etwas kleiner als das Bundesland Bremen). Etwa 1,6 Mio. Menschen leben im Gazastreifen.³⁰ Hohe Geburtenraten, ein junges Durchschnittsalter, hohe Bevölkerungsdichte, Arbeitslosigkeit, Armut und Terror bestimmen die Region. Im Norden und Osten grenzt die Region an Israel, im Süden an Ägypten und im Westen liegt das Mittelmeer. Die humanitäre Situation im Gazastreifen ist alarmierend (siehe Unterpunkt *humanitäre Situation im Gazastreifen*); die israelische Blockade verhindert *den* Zugang der Zivilbevölkerung zu lebenswichtigen Gütern – Lebensmittel, Medi-

²⁴ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg a.a.O.

²⁵ Vgl. Amnesty Report, Israel und besetzte palästinensische Gebiete 2012, in: Amnesty International, 08.05.2012, <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/israel-und-besetzte-palaestinensische-gebiete>, abgerufen am 17.08.2018.

²⁶ Vgl. Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V. München a.a.O.

²⁷ Vgl. ebd.

²⁸ Vgl. ebd.

²⁹ Vgl. Amnesty Report a.a.O.

³⁰ Vgl. Amnesty Report a.a.O.

kamente aber auch beispielsweise Trinkwasser. Ziel ist es, die Hamas aus dem Gazastreifen zu vertreiben.

Aber auch die palästinensische Selbstverwaltung steht seit Jahren in der Kritik. Sowohl im Gazastreifen als auch im Westjordanland gehen Behörden mit willkürlichen Inhaftierungen gegen Kritiker*innen vor. Amnesty International berichtet von monatelangen Verhaftungen, ohne Anklageerhebungen oder Gerichtsverfahren, im Westjordanland.³¹ Im Gazastreifen werden Gefangene vor Militärgerichten der Hamas gestellt und in unfairen Gerichtsverfahren teilweise zum Tode verurteilt. In beiden Gebieten sind Misshandlungen und Folter von Gefangenen weit verbreitet. Frauen werden weiterhin im täglichen Leben diskriminiert. Der Schutz gegen sexualisierte Gewalt oder „Ehrenmorde“ ist unzureichend. Das Recht auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wird stark eingeschränkt. Des Weiteren verhängt die palästinensische Regierung im Westjordanland Strafmaßnahmen gegen Angehörige der Hamas im Gazastreifen.

2. Wie wird der Konflikt heute ausgetragen?

Die Fatah im Westjordanland

Die Fatah (arab. für Eroberung, Sieg) ist eine politische Partei im palästinensischen Autonomiegebiet. Gegründet wurde die Partei 1959, von Jassir Arafat und weiteren palästinensischen Widerstandskämpfern, in Kuwait. Heute agiert die Partei vor allem im Westjordanland und stellt mit Mahmud Abbas den Palästinenserpräsidenten, der ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern zählt. Das ursprüngliche Ziel der Fatah war es, das gesamte Gebiet des heutigen Israel in Anspruch zu nehmen und einen palästinensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt zu gründen. Die Vernichtung Israels war ebenfalls eines der Hauptziele der Fatah. Der Vorsitzende Arafat nahm jedoch im Zuge der Oslo-Verhandlungen Abstand davon und erkannte das Existenzrecht Israels an. Bis zu den Friedensverhandlungen von Oslo agierte die Fatah als Untergrundorganisation mit Anschlägen auf israelischem Gebiet. Während der zweiten Intifada gingen die Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden als bewaffneter Zweig der Fatah hervor und verübten Anschläge auf israelischem Gebiet.

Der größte politische Rivale der Fatah ist die Hamas. Bis heute gibt es Machtkämpfe zwischen der Fatah und der radikal-islamischen Hamas, die 1987 aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen war (siehe Unterpunkt *Die Hamas im Gazastreifen*). Im Jahr 2007 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Milizen der Hamas und der Fatah im Gazastreifen. Der Konflikt nahm bürgerkriegsähnliche Zustände auf. Schließlich gewann die Hamas die Oberhand und übernahm die Kontrolle über den Gazastreifen. Versöhnungsbemühungen zwischen den zwei Konfliktparteien blieben bis heute erfolglos.

Die Hamas im Gazastreifen

Die Bezeichnung „Hamas“ steht als Abkürzung für „Harakat al Mukawamah al Islamijah“ (islamische Widerstandsbewegung) und bedeutet im Arabischen zugleich „Glaubenseifer“. Das Hauptziel der Hamas ist die Zerstörung Israels und der Aufbau eines islamischen Staates Palästina. Die Hamas ist in der EU und in den Vereinigten Staaten als Terrororganisation eingestuft. Im Jahr 1987 war der Begriff „Hamas“ erstmals auf Flugblättern zu entdecken. 2006-2007 kam es zu einem militärischen Konflikt zwischen Fatah und Hamas, der zur politischen Teilung der palästinensischen Gebiete führte – die Fatah regiert seitdem im Westjordanland, die Hamas seit 2007 im Gazastreifen. Mehrfach wurde versucht, eine neue Einheitsregierung herzustellen, zuletzt wurde 2017 eine Versöhnung von Fatah und Hamas verkündet, die aber ebenfalls bislang (Stand: August 2018) nicht umgesetzt wurde.

³¹ Vgl. ebd.

Von Beginn ihrer Gründung an, war die Hamas auch eine Wohlfahrtsorganisation und unterhält bis heute Kindergärten, Schulen, Behinderten- und Altenheime.³² Auch deshalb hat sie trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage, Rückhalt bei der Bevölkerung. Gewalt spielt bei der Hamas eine wesentliche Rolle. Neben Selbstmordattentaten werden regelmäßig Raketen auf Israel abgefeuert. Usama Hamdan, verantwortlich für internationale Beziehungen bei der Hamas, sagte auf einer Veranstaltung 2011: „Der Konflikt wird niemals ein Ende finden, bevor Israel ein Ende findet. Bezüglich der Forderung, die manche an uns gestellt haben, dass wir den Feind anerkennen: Dieses Thema liegt hinter uns. Wir haben klar gesagt, dass wir Israel niemals anerkennen werden, und heute sage ich mehr als das: Israel existiert nicht einmal in unserem politischen oder intellektuellen Wörterbuch.“³³

Illegaler Siedlungsbau

Für einen Frieden im Nahen Osten ist der Siedlungsbau Israels ein echtes Hindernis. Betroffen ist vor allem das Westjordanland. Fast 3 Mio. Palästinenser leben dort, aber mittlerweile auch ca. 600.000 jüdische Siedler*innen. Zehntausende palästinensische Häuser und Besitztümer sind durch Israel zerstört worden, hunderttausende Palästinenser*innen zwangsvertrieben und mindestens 100.000 Hektar palästinensischen Landes werden exklusiv von Siedler*innen genutzt. Die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung ist massiv eingeschränkt. Städte und Dörfer werden von Straßen durchschnitten, die nur von Siedler*innen befahren werden dürfen.³⁴ In der Resolution des UNO-Sicherheitsrates (Dezember 2016) wurde Israel aufgefordert, den Siedlungsbau einzustellen. Nur einen Monat später genehmigte die israelische Regierung den Bau von 10.000 Häusern in zwei neuen Siedlungen.³⁵ Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump treibt Israel den illegalen Siedlungsbau massiv voran. Salil Shetty, Generalsekretär von Amnesty International, reichen verbale Verurteilungen nicht mehr aus. Er fordert ein Importverbot von Siedlungsprodukten: „Seit Jahrzehnten schaut die Welt zu, wie Israel palästinensische Häuser zerstört und das besetzte Land und die Ressourcen ausbeutet. Während die palästinensische Wirtschaft nach 50 Jahren missbräuchlicher Repressionen am Boden liegt, hat sich auf dem Rücken der unterdrückten palästinensischen Bevölkerung eine florierende Siedlungswirtschaft etabliert.“³⁶

Humanitäre Situation im Gazastreifen

Trotz des Rückzugs Israels aus dem Gazastreifen gilt das Gebiet weiter als besetzt. Israel behält die effektive Kontrolle. Der Luft- und Seeraum wird von Israel kontrolliert. Die Abriegelung Gazas, die Kontrolle jeder Ein- und Ausreise, der Ein- und Ausfuhr von Waren über das Land, den Luftraum und die Küstengewässer bleiben bis heute bestehen. Das hat gravierende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Energie-, (Ab)Wasser- und Kommunikationsinfrastruktur. 2016 erhielten etwa 70% der Menschen im Gazastreifen humanitäre Hilfe, 47% gelten als nicht ernährungsgesichert. Die Arbeitslosigkeit war mit 42% eine der höchsten weltweit, bei Menschen unter 29 Jahren lag die Arbeitslosigkeit bei 58%.³⁷ John Holmes, Nothilfekoordinator der UNO, sagte zur humanitären Situation im Gazastreifen: „Die Lage ist alarmierend. Den Men-

³² Vgl. Susanne Knaul, Konflikt im Nahen Osten. Militanter als die Hamas, in: taz, 10.07.2014, <https://www.taz.de/!5037915/>, abgerufen am 18.07.2018.

³³ Schlesinger, Zitate des Jahres 2011 zu Israel, Nahost & dem arabischen Frühling, in: Der Freitag, 31.12.2011, <https://www.freitag.de/autoren/schlesinger/zitate-des-jahres-2011-zu-israel-nahost-dem-arabischen-fruhling>, abgerufen am 18.07.2018.

³⁴ Vgl. Amnesty International, Staaten müssen den Import von Siedlungsprodukten verbieten, in: Amnesty International, Medienmitteilung 01.06.2017, <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2017/staaten-muessen-den-import-von-siedlungsprodukten-verbieten>, abgerufen am 18.07.2018.

³⁵ Vgl. ebd.

³⁶ Amnesty International, Staaten müssen den Import von Siedlungsprodukten verbieten a.a.O.

³⁷ Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fakten über den Gazastreifen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Israel office, 31.05.2017, <http://www.rosalux.org.il/fakten-uber-den-gazastreifen/>, abgerufen am 18.07.2018.

schen in Gaza fehlt es an der Grundversorgung. Sie leiden unter Kälte, Hunger und an Wassermangel“.³⁸ Gerade die Wasserversorgung ist in einem katastrophalen Zustand. 90% des zur Verfügung stehenden Wassers ist Grundwasser. Es kann allerdings, aufgrund von hoher Nitrat- und Chlorid-Werte, nicht als Trinkwasser dienen. 4% werden von einer Wasseraufbereitungsanlage im Gazastreifen bereitgestellt und weitere 6% von Israel (gegen Bezahlung). 2015 standen jedem Menschen im Gazastreifen 85 Liter Wasser am Tag zur Verfügung, obwohl ein Mensch, laut Weltgesundheitsorganisation, mindestens 100 Liter pro Tag benötigt. In Israel lag der Pro-Kopf-Verbrauch bei 236 Liter.³⁹ Ähnliche Zustände herrschen auch im Bereich der Energie, des Abwassers und der Kommunikation. Der detaillierte Bericht der Organisation Gisha zeigt, dass Israel die gesamte zivile Infrastruktur im Gazastreifen kontrolliert (Energie, Wasser, Abwasser, Kommunikation). Israel kann die Versorgung erweitern, reduzieren, aber auch ganz abschalten.⁴⁰

Ausblick

Der Konflikt zwischen Israel und Palästina ist einer der intensivsten in der jüngeren Geschichte. Der Glaube an Frieden in naher Zukunft grenzt an eine Utopie. Zu tief sitzen Misstrauen und Hass. Angefangen bei führenden Politiker*innen auf beiden Seiten, bis hin zu ultra-orthodoxen, radikal-islamistischen oder national-religiösen Fanatiker*innen. Ayalet Shaked, aktuelle Justizministerin Israels, geht der Kampf gegen die Palästinenser*innen nicht weit genug: „All diese Personen sind feindliche Kämpfer, und das Blut klebt an ihren Händen. Dazu gehören auch die Mütter der Märtyrer, die ihre Söhne mit Blumen und Küssen in die Hölle schicken. Dorthin sollten sie ihren Söhnen folgen, nichts wäre gerechter. Sie sollten verschwinden, genauso wie die Häuser, in denen sie diese Schlangen herangezüchtet haben. Sonst werden dort neue kleine Schlangen gezüchtet.“⁴¹ Der Palästinenser Präsident Abbas hält mit antisemitischen Parolen dagegen. So sei der Holocaust nicht durch Antisemitismus ausgelöst worden, sondern durch das „soziale Verhalten“ der Jüd*innen, wie das Verleihen von Geld.⁴² Dementsprechend sind Vermittlungsbemühungen seitens der EU und der USA von großer Bedeutung. Donald Trump aber entschied sich, Öl ins Feuer zu gießen und erkannte offiziell Jerusalem als Hauptstadt Israels an.⁴³ Die Folge: über 50 Tote und über 1700 Verletzte Palästinenser*innen bei Protesten gegen die Verlegung der US-Botschaft Mitte Mai 2018.

Auch die Auseinandersetzungen um den Gaza-Streifen dauern an. Der letzte Krieg fand 2014 statt, aber auch heute kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant*innen und Sicherheitskräften an dem Grenzstreifen, Beschuss Israels durch Hamas und Bombenangriffen Israels auf den Gazastreifen. Der Frieden rückt in weite Ferne; die Leittragenden sind die Zivilist*innen auf beiden Seiten. Dabei wäre Frieden möglich. Es hat viele Kriege und Tote gefordert, bis die arabischen Länder bereit waren, das Existenzrecht Israels anzuerken-

³⁸ Vgl. UNRIC, Humanitäre Situation in Gaza, in: Uno-Newsletter, <https://www.unric.org/de/newsletter/21446#maincontent>, abgerufen am 18.07.2018.

³⁹ Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung a.a.O.

⁴⁰ Vgl. Maayan Niezna, Hand on the Switch. Who's responsible for Gaza's infrastructure crisis?, in: Gisha – Legal Center for Freedom of Movement, January 2017, http://gisha.org/UserFiles/File/publications/infrastructure/Hand_on_the_Switch-EN.pdf, abgerufen am 18.07.2018.

⁴¹ Vgl. Joey Ayoub, Israelische Politikerin, die auf Facebook zum Völkermord an Palästinensern aufrief, ist nun Justizministerin, in: GlobalVoices, Rubrik Politik, Naher Ostern, 15.05.2015, <https://de.globalvoices.org/2015/05/15/israelische-politikerin-die-auf-facebook-zum-volkermord-an-palastinensern-aufgerufen-hat-ist-nun-justizministerin/> abgerufen am 19.07.2018.

⁴² Vgl. Tagesschau, Nach antisemitischen Äußerungen. Scharfe Kritik an Abbas, in: Tagesschau, Rubrik Ausland, 02.05.2018, <https://www.tagesschau.de/ausland/abbas-151.html>, abgerufen am 19.07.2018.

⁴³ Vgl. Bernd Pickert, Donald Trumps Erklärung zu Jerusalem. „Ich löse mein Versprechen ein“, in: taz, Rubrik Politik, 06.12.2017, <https://www.taz.de/15468861/>, abgerufen am 19.07.2018.

nen. Israel entstand mit der Unterstützung des britischen Kolonialismus und sicherte sich durch massive Aufrüstung eine militärische Überlegenheit im Nahen Osten. Es wäre verwerflich, den Palästinenser*innen das Recht auf ihren eigenen unabhängigen Staat abzusprechen. Das Recht dazu ist durch die UN-Resolutionen verankert und international anerkannt. Trotzdem sprechen immer mehr Menschen – auch in Palästina – davon, dass die Osloer Abkommen tot seien und eine Zwei-Staaten-Lösung nicht mehr realistisch sei. Eine Einstaat-Lösung, der zufolge ein einheitlicher demokratischer und säkularer Staat gegründet wird, in dem alle Einwohner*innen des Gebiets, egal welcher religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit, gleichberechtigt leben, scheint aber genauso in weiter Ferne und wird von der Mehrheit der Einwohner Israels wie Palästinas abgelehnt.

Das größte Hindernis einer Zweistaatenlösung sind die jüdischen Siedlungen. Dabei wären auch sie kein unlösbares Problem. Eine Möglichkeit wäre: Die Siedlungen bleiben bestehen, die Siedler*innen müssen sich der palästinensischen Gesetzgebung unterwerfen und den Status einer zu schützenden Minderheit erhalten. Die israelische Politik müsste dazu ihr gegenwärtiges Vorhaben, Israel zu einem ausschließlich jüdischen Staat zu erklären, rückgängig machen und allen seinen Bürger*innen, egal welcher Herkunft, Sprache und Religion, gleiche Rechte gewähren.

Des Weiteren stellt sich die Frage der palästinensischen Flüchtlinge. Israel wird vorgehalten, dass es nicht auf der einen Seite allen Menschen jüdischer Herkunft, die teilweise seit 2.000 Jahren nicht mehr in der Region lebten, eine Zuwanderung ermöglichen und auf der anderen Seite Menschen, die 1948 vertrieben wurden, das Recht auf eine Rückkehr verweigern dürfe. Die UN-Resolution 194 bietet eine klare Grundlage zur Lösung der palästinensischen Flüchtlinge. Demnach dürften Geflüchtete zu ihren Wohnstätten zurückkehren. Für Flüchtlinge, die nicht zurückkehren möchten, soll bei Verlust oder Beschädigung von Eigentum eine Entschädigung gezahlt werden.⁴⁴

Der Konflikt in Jerusalem ist ebenfalls lösbar. Westjerusalem und Ostjerusalem sind seit über 50 Jahren getrennte Gebiete mit jüdischer Bevölkerung auf der einen und palästinensischer auf der anderen Seite. Es spricht nichts gegen ein Westjerusalem als Hauptstadt Israels und ein Ostjerusalem als Hauptstadt Palästinas. Die Altstadt Jerusalems ist eines der heiligsten Gebiete weltweit und sollte nicht politisiert werden. Für Angehörige von Judentum, Christentum und Islam ist sie gleichermaßen heilig und sollte von den höchsten Repräsentanten der drei Religionen verwaltet werden. Eine internationale Garantie sollte den freien Zugang für die Gläubigen ermöglichen.

Warum passiert dennoch nichts? Auf palästinensischer Seite sind fanatische Moslems, die aus dem Koran heraus das Recht bzw. die Pflicht herauslesen, jeden Juden zu ermorden, das Problem.⁴⁵ Hier wird das palästinensische Volk daran gehindert, seine Zukunft in die eigene Hand zu nehmen und realpolitische Entscheidungen selbst zu treffen. Auf israelischer Seite ist die Bevölkerung gespalten. Es gibt viele, die einen Palästinenserstaat akzeptieren, aber genauso viele, die ihr Heimatrecht im Heiligen Land – was die gegenwärtigen palästinensischen Gebiete mit einschließt – beanspruchen und eher eine Vertreibung der Palästinenser*innen bevorzugen.⁴⁶ Die Region Palästina war schon immer multi-kulturell, multi-konfessionell und multi-national.⁴⁷ Ein einzelner Nationalstaat im Heiligen Land ist nicht möglich. Es ist das Land von Überlebenden unterschiedlicher Herkünfte. Gegenwärtig scheint nur eine Zweistaatenlösung den Frieden, der dringend notwendig ist, um Terror, Angst und Elend zu verhindern, im Nahen Osten garantieren zu können. Friedensorganisationen auf beiden Seiten plädieren seit Jahrzehnten für eine Zweistaatenlösung. Die israelische Friedensbewegung „Schalom Achschaw kritisiert Israels Siedlungspolitik und fordert ein unabhängiges Palästina mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Weitere Friedensorganisationen, wie z.B. Gusch Schalom, Bat Shalom, Yesch Gvul oder Ta'ajusch (erste jü-

⁴⁴ Vgl. united nations relief and works agency for palestine refugees in the near east, Resolution 194, in: unrwa, <https://www.unrwa.org/content/resolution-194>, abgerufen am 20.08.2018.

⁴⁵ Vgl. Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V. München a.a.O.

⁴⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷ Vgl. ebd.

disch-palästinensische Friedensbewegung) setzen sich ebenfalls für friedliche Konfliktlösungen zwischen Israel und Palästina ein. Auch auf palästinensischer Seite fehlt es nicht an Friedensbewegungen. Das Zentrum für Wiederannäherung „Rapprochement Center“ grenzt sich vom gewaltsamen Widerstand palästinensischer Terroristen ab und verurteilt Selbstmordattentate. Weitere palästinensische Friedensbewegungen sind z.B. das Konflikt-Schlichtungszentrum „Wiam“, das Frauenzentrum „Jerusalem Center für Women“ (arbeitet mit der israelischen feministischen Gruppe Bet Schalom zusammen) oder das palästinensische Netzwerk der Nicht-Regierungsorganisationen (PNGO Network).⁴⁸ Es fehlt auch nicht an prominenten Friedensadvokaten. Einer von Ihnen ist Uri Avnery, der Gründer von „Gusch Schalom“. Der im August verstorbene israelische Friedensaktivist bringt es auf den Punkt: „[...] Frieden zwischen Israel und Palästina nicht nur wünschenswert ist, sondern auch lebenswichtig für beide Völker“. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

⁴⁸ Der BSV hat 2017 eine Adressliste israelischer und palästinensischer Gruppen erstellt. Sie kann hier heruntergeladen werden: https://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/is-palir/Liste_NGO_s/NGO_s_israel-palae.-Stand_Okt_2016.pdf

Nachwort: Die Entwicklungen bis zum März 2021

Von Jule Kegel

Dieses Papier erschien im September 2018. Da es sich beim Nahostkonflikt um einen Konflikt mit einer extrem dynamische Entwicklung handelt, soll dieses Nachwort einen kurzen Überblick geben, was seit dem Erscheinen dieses Papiers im September 2018 passierte - wie die meiste Zeit seit dem Ausbrechen des Konflikts waren auch die letzten Jahre durch ein starkes Auf und Ab gekennzeichnet.

So wurden im Mai 2020 Pläne einer möglichen Annexion weiter Teile des Westjordanlandes durch Israel bekannt, woraufhin die palästinensische Regierung die Zusammenarbeit mit Israel in allen Bereichen beendete. Im November desselben Jahres wurde die Zusammenarbeit in finanziellen, gesundheitlichen und politischen Fragen wieder aufgenommen, vermutlich vor allem, da die Annexion bedingt durch neue Friedensabkommen Israels mit Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten ausgesetzt wurde.⁴⁹ Zu diesen Abkommen kam es nach den Einschätzungen der meisten Beobachter*innen, wenn auch nicht offiziell so kommuniziert, neben erhofften wirtschaftlichen Vorteilen vor allem durch anhaltende Spannungen mit dem Iran, gegen den sich alle teilnehmenden Länder eine stärkere Allianz wünschten.⁵⁰ Als Vermittler fungierte der damalige US-Präsident Trump. Die Abkommen enthalten unter anderem den Aufbau diplomatischer Beziehungen.

Auch die Entwicklung in den USA könnte eine Rolle gespielt haben, denn einen wichtigen Umbruch stellte auch die Wahl Joe Bidens Ende 2020 zum neuen US-Präsidenten und damit Nachfolger von Donald Trump dar, der bezüglich Israel und Palästina eine etwas andere Haltung als sein Vorgänger vertritt. Trump präsentierte Anfang 2020 noch einen sogenannten „Jahrhundert-Friedensplan“, der laut palästinensischen und internationalen Kritiker*innen die israelische Seite stark bevorzugte. (Palästina war an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen, lehnte einen Austausch mit Trump aufgrund der Verlegung der Botschaft nach Jerusalem aber auch weiterhin selbst ab.)⁵¹ Unter Biden wird dieser Plan nun wohl nicht weiter verfolgt werden, da Biden mit beiden Seiten das Gespräch sucht und beispielsweise diplomatische Beziehungen mit Palästina wieder aufnehmen möchte. Außerdem gehört zu seinem Regierungsprogramm, die Hilfszahlungen an palästinensische Geflüchtete, die Trump zwischenzeitlich einstellte, wieder aufzunehmen. Auch unter Biden ist allerdings wohl keine zufriedenstellende Lösung des Konfliktes zu erwarten, vor allem, weil Biden ähnlich wie sein früherer Chef Barack Obama hier eher vorsichtig agiert und der Nahostkonflikt voraussichtlich nicht sein Schwerpunktthema sein wird.⁵²

Bei den beiden Konfliktparteien selbst ist die innenpolitische Lage jeweils sehr angespannt, sodass Prognosen für die Zukunft aktuell nur schwer möglich sind. In Palästina kündigte Anfang 2021 der inzwischen fast 85 Jahre alte palästinensische Präsident Mahmud Abbas nach einer Einigung zwischen Fatah und Hamas einen Termin für die seit zehn Jahren überfälligen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai bzw. Juli 2021 an. Dennoch ist noch unklar, ob diese tatsächlich stattfinden werden und wer sich eventuell durchsetzen könnte. Beide rivalisierenden Organisationen erklärten sich im Vorfeld zwar bereit, das Ergebnis der Wahl anzuerkennen⁵³, doch ob das wirklich geschieht, bleibt abzuwarten.

⁴⁹ <https://www.dw.com/de/knesset-billigt-abkommen-mit-emiraten/a-55292240>

⁵⁰ <https://www.voanews.com/middle-east/analysts-see-israel-bahrain-peace-deal-protection-against-iran>

⁵¹ <https://www.welt.de/politik/ausland/article205426295/Israel-Donald-Trumps-Jahrhundertplan-ist-Netanjahus-Triumph.html>

⁵² <https://taz.de/Bidens-Einfluss-auf-den-Nahostkonflikt!/5742125/>

⁵³ <https://www.dw.com/de/pal%C3%A4stinenser-vor-ersten-wahlen-seit-15-jahren/a-56517433>

Israel befindet sich in einer politischen Pattsituation, sodass Ende März 2021 zum vierten Mal innerhalb von zwei Jahren das Parlament neu gewählt werden musste, weil zuvor zum wiederholten Male kein Haushalt verabschiedet werden konnte. Auch bei dieser Wahl war es für den amtierenden Premier Netanjahu und seine Bündnispartner nicht möglich, eine eigene Mehrheit zu erreichen. Die Oppositionsparteien erhielten zusammengenommen zwar deutlich mehr Stimmen, sind aber untereinander so zerstritten und wollen teilweise nicht miteinander arbeiten, dass Netanjahu wohl zunächst weiter kommissarisch im Amt bleiben wird – kommt es zu keiner Einigung auf ein Regierungsbündnis, könnte im Sommer dann die fünfte Wahl anstehen.⁵⁴

Interessant ist, dass die Likud-Partei von Netanjahu bei dieser Wahl zum ersten Mal bewusst auch versucht hatte, arabische Israelis zu überzeugen. In Folge dessen entschuldigte sich Netanjahu auch für vorhergegangene verbale Entgleisungen in Richtung der Araber*innen und bat darum, eine „neue Ära“ einzuleiten. Auch wenn viele Araber*innen von diesem plötzlichen Kurswechsel nicht überzeugt waren, wollten andere diese Chance nutzen und erstmals Likud wählen, was im Zweifelsfall bei so knappen Verhältnissen entscheidende Stimmen hätte bringen können.⁵⁵

Gleichzeitig gibt es trotz der anstehenden Wahlen in beiden Gebieten derzeit internationale Versuche, neue Gespräche in Gang zu bringen. Verantwortlich ist hier die sogenannte „Kleeblatt“-Gruppe (Deutschland, Frankreich, Jordanien und Ägypten). Sie möchte dafür sorgen, dass der Friedensprozess trotz des Wahlkampfes nicht in Vergessenheit gerät. Dafür trafen sie sich im März 2021 erstmals wieder in Paris.⁵⁶ Auch hier wurde der Amtsantritt Bidens als Auslöser für eine Neuauflage der Gespräche genannt, da sie sich davon eine differenziertere Rolle der USA erhoffen.

Ebenfalls im März 2021 wurde bekannt, dass nun auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag erstmals Ermittlungen zu einzelnen Ereignissen im Zuge des Nahostkonflikts (der Gazakrieg 2014, gewaltvolle Vorfälle an der Grenze zum Gazastreifen seit Frühjahr 2018 und der israelische Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten) aufgenommen hat. Er ermittelt gegen beide Seiten – sowohl hochrangiges Personal der israelischen Behörden und Armee als auch wichtige Akteur*innen bei den Hamas und ähnlichen Gruppen. Dies ist möglich, obwohl Israel den Strafgerichtshof nicht anerkennt, da Palästina 2015 das entsprechende Abkommen unterzeichnet hat. Während die Palästinenser*innen sich über diesen Schritt freuen, ist Israel entsetzt und versucht noch, ein Verfahren zu verhindern. Allerdings ist auch die internationale Gemeinschaft (darunter auch Deutschland und die USA) tendenziell eher skeptisch, ob die Ermittlungen rechtmäßig sind, da Palästina offiziell eben kein eigenständiger Staat ist.⁵⁷

Zusätzlich gab es Spannungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie, bei der Israel eine der weltweit erfolgreichsten Impfkampagnen für seine Bürger*innen durchführt. Aber es gab einen heftigen Disput um die Frage, ob Israel auch für die Impfung der Palästinenser*innen verantwortlich sei oder ob die palästinensische Autonomiebehörde sich selbst um diese kümmern müsse. Die unterschiedlichen Ansichten stammen hier daher, dass sich auf zwei unterschiedliche Dokumente bezogen wird. In den Osloer Verträgen wird der Autonomiebehörde die Verantwortung über medizinische Fragen zugeschrieben. Da Israel aber Teile der palästinensischen Gebiete besetzt hält, können sie auch als Besatzungsmacht gesehen werden, wodurch sie nach internationalem Recht verpflichtet wären, sich um die Versorgung der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu kümmern. Israel beruft sich auf ersteres, die Palästinenser*innen und große Teile der internationalen Gemeinschaft, etwa die UN und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, dagegen auf

⁵⁴ <https://www.derstandard.at/story/2000125056204/steigende-nervositaet-vor-vierter-wahl-in-zwei-jahren-in-israel>

⁵⁵ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/knesset-wahl-ein-laehmendes-ergebnis-fuer-israel-17261470.html>

⁵⁶ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahlkampf-in-israel-netanjahus-wirbt-um-arabische-israelis-17230112.html>

⁵⁷ <https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-nahost-maas-1.5231073>

das zweite. Dennoch möchte die palästinensische Regierung Israel nicht offiziell um Hilfe bitten, da sie so die Besetzung anerkennen würden – auch bei so einer vergleichsweise kleinen Frage geht es also im Prinzip wieder um Grundfragen des Konfliktes.⁵⁸ Nach aktuellem Stand hat Israel 5000 Dosen Impfstoff für medizinisches Personal bereitgestellt und zugesagt, palästinensische Arbeiter*innen, die in Israel oder den israelischen Siedlungen tätig sind, zu impfen. Der Großteil der Palästinenser*innen ist aber weiterhin unversorgt.⁵⁹ Palästina muss sich also weitgehend selbst um die Impfungen kümmern, was dadurch deutlich länger dauert.

Es ist also insgesamt anzunehmen, dass der Konflikt sich trotz zwischenzeitlicher Lichtblicke noch weiter hinziehen wird. Aktuelle Ereignisse wie die Covid-19-Pandemie verstärken dies eher noch zusätzlich. Auf eine friedliche Lösung in naher Zukunft bleibt weiter nur zu hoffen.

⁵⁸ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-02/corona-impfung-palaestinenser-israel-westjordanland-gaza-menschenrechte>

⁵⁹; <https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-palaestinenser-corona-impfung-1.5221393>

Literaturverzeichnis

- Amnesty International, Staaten müssen den Import von Siedlungsprodukten verbieten, in: Amnesty International, Medienmitteilung 01.06.2017, <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2017/staaten-muessen-den-import-von-siedlungsprodukten-verbieten>, abgerufen am 18.07.2018.
- Amnesty Report, Israel und besetzte palästinensische Gebiete 2012, in: Amnesty International, 08.05.2012, <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/israel-und-besetzte-palaestinensische-gebiete>, abgerufen am 17.08.2018.
- Amnesty Report, Israel und besetzte palästinensische Gebiete 2017/2018, in: Amnesty International, 01.12.2017, <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/israel-und-besetzte-gebiete>, abgerufen am 20.08.2018.
- Ayoub, Joey, Israelische Politikerin, die auf Facebook zum Völkermord an Palästinensern aufrief, ist nun Justizministerin, in: GlobalVoices, Rubrik Politik, Naher Osten, 15.05.2015, <https://de.globalvoices.org/2015/05/15/israelische-politikerin-die-auf-facebook-zum-volker-mord-an-palastinensern-aufgerufen-hat-ist-nun-justizministerin/> abgerufen am 19.07.2018.
- Bertsch, Matthias, Die Verabschiedung des UN-Teilungsplans für Palästina, in: Deutschlandfunk, 29.11.2017, https://www.deutschlandfunk.de/vor-70-jahren-die-verabschiedung-des-un-teilungsplans-fuer.871.de.html?dram:article_id=401855, abgerufen am 16.07.2018.
- Gensing, Patrick, Was ist die Intifada? in: Faktenfinder, Tagesschau, 07.12.2017, <https://faktenfinder.tagesschau.de/ausland/intifada-103.html>, abgerufen am 14.08.2018.
- Herzig, Arno, Jüd*innentum in Antike und Frühmittelalter, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 05.08.2010, http://www.bpb.de/izpb/7646/Jüd*innentum-in-antike-und-fruehmittelalter?p=1, abgerufen am 12.07.2018
- Kaindlstorfer, Günter, Theodor Herzl und der jüdische Staat, in: Deutschlandfunk, 15.02.2016, https://www.deutschlandfunk.de/stammvater-des-zionismus-theodor-herzl-und-der-juedische.1310.de.html?dram:article_id=345695, abgerufen am 16.07.2018.
- Katholische Bibelanstalt, Jesaja 27, in: BibleServer, <https://www.bibleserver.com/text/EU/Jesaja27>, abgerufen am 12.07.2018.
- Klein, Menachem, 20 Jahre nach Oslo – Was ist geblieben? In: Rosa Luxemburg Stiftung in Israel, 12.09.2013, <http://www.rosalux.org.il/wp-content/uploads/2016/09/NWL12092013-OSLO-GER.pdf>, abgerufen am 14.08.2018.
- Knaul, Susanne, Konflikt im Nahen Osten. Militanter als die Hamas, in: taz, 10.07.2014, <https://www.taz.de/!5037915/>, abgerufen am 18.07.2018.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Die Geschichte Palästinas, Fakten, in: lpb-bw, <https://www.lpb-bw.de/geschichte-palaestinas.html>, abgerufen am 17.08.2018.
- Nieswand, Boris, Was ist eine Diaspora, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 05.02.2018, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz dossiers/264009/was-ist-eine-diaspora?p=all>, abgerufen am 12.07.2018.
- Niezna, Mayaan, Hand on the Switch. Who's responsible for Gaza's infrastructure crisis?, in: Gisha – Legal Center for Freedom of Movement, January 2017, http://gisha.org/UserFiles/File/publications/infrastructure/Hand_on_the_Switch-EN.pdf, abgerufen am 18.07.2018.
- Pickert, Bernd, Donald Trumps Erklärung zu Jerusalem. „Ich löse mein Versprechen ein“, in: taz, Rubrik Politik, 06.12.2017, <https://www.taz.de/!5468861/>, abgerufen am 19.07.2018.
- Putz, Ulrike, Israels Bollwerk gegen Terrorismus, in: Spiegel Online, 08.08.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mauer-ums-westjordanland-israels-bollwerk-gegen-den-terrorismus-a-778243.html>, abgerufen am 14.08.2018.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fakten über den Gazastreifen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Israel office, 31.05.2017, <http://www.rosalux.org.il/fakten-uber-den-gazastreifen/>, abgerufen am 18.07.2018.
- Rottscheidt, Ina, Befreites Land – besetztes Land, in: Deutschlandfunk, 05.06.2017, https://www.deutschlandfunk.de/sechs-tage-krieg-1967-befreites-land-besetztes-land.724.de.html?dram:article_id=387889, abgerufen am 13.08.2018.

- Schäuble, Martin, Die Erste Intifada und das Friedensabkommen von Oslo, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 28.03.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45071/intifada-und-oslo>, abgerufen am 14.08.2018.
- Schäuble, Martin, Die Zweite Intifada und der Bau der Barriere, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 28.03.2018, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45077/zweite-intifada>, abgerufen am 14.08.2018.
- Schlesinger, Zitate des Jahres 2011 zu Israel, Nahost & dem arabischen Frühling, in: Der Freitag, 31.12.2011, <https://www.freitag.de/autoren/schlesinger/zitate-des-jahres-2011-zu-israel-nahost-dem-arabischen-fruhling>, abgerufen am 18.07.2018.
- Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V. München, Israel und Palästina - Wem gehört das Heilige Land? In: Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V. München, 24.07.2018
- Tagesschau, Der Friedensprozess und die Verträge von Oslo, in: Tagesschau, Rubrik Ausland, 29.08.2007, <https://www.tagesschau.de/ausland/meldung338442.html>, abgerufen am 14.08.2018.
- Tagesschau, Nach antisemitischen Äußerungen. Scharfe Kritik an Abbas, in: Tagesschau, Rubrik Ausland, 02.05.2018, <https://www.tagesschau.de/ausland/abbas-151.html>, abgerufen am 19.07.2018.
- Timm, Angelika, Die Gründung des Staates Israel, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 28.03.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/44995/gruendung-des-staates-israel>, abgerufen am 16.07.2018.
- United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, Resolution 194, in: unrwa, <https://www.unrwa.org/content/resolution-194>, abgerufen am 20.08.2018.
- UNRIC, Humanitäre Situation in Gaza, in: Uno-Newsletter, <https://www.unric.org/de/newsletter/21446#maincontent>

Quellenverzeichnis zum Nachwort

- Brössler, Daniel, Neuer Anlauf, in: Süddeutsche Zeitung Online, 10.03.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-nahost-maas-1.5231073>, abgerufen am 22.03.2021.
- Deutsche Welle, Knesset billigt Abkommen mit Emiraten, 16.10.2020, <https://www.dw.com/de/knesset-billigt-abkommen-mit-emiraten/a-55292240>, abgerufen am 22.03.2021.
- Deutsche Welle, Palästinenser vor ersten Wahlen seit 15 Jahren, 10.02.2021, <https://www.dw.com/de/pal%C3%A4stinenser-vor-ersten-wahlen-seit-15-jahren/a-56517433>, abgerufen am 22.03.2021.
- Gradstein, Linda, Analysts See Israel-Bahrain Peace Deal as Protection Against Iran, in Voice of America Online, 13.09.2020, <https://www.voanews.com/middle-east/analysts-see-israel-bahrain-peace-deal-protection-against-iran>, abgerufen am 22.03.2021.
- Hentschke, Steffi, Corona-Impfung für Palästinenser: Hilfe vom Feind, in: Zeit Online, 02.02.2021, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-02/corona-impfung-palaestinenser-israel-westjordanland-gaza-menschenrechte>.
- Knaut, Susanne, Bidens Einfluss auf den Nahostkonflikt: Kleiner Trost, in: TAZ Online, 22.01.2021, <https://taz.de/Bidens-Einfluss-auf-den-Nahostkonflikt/!5742125/>, abgerufen am 22.03.2021.
- Münch, Peter, Israel impft palästinensische Arbeiter, in: Süddeutsche Zeitung Online, 01.03.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-palaestinenser-corona-impfung-1.5221393>, abgerufen am 22.03.2021.
- Münch, Peter, Israel im Visier des Weltstrafgerichts, in: Süddeutsche Zeitung Online, 05.03.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/internationaler-gerichtshof-nahostkonflikt-kriegsverbrechen-1.5224895>, abgerufen am 22.03.2021.
- Stahnke, Jochen, Knesset-Wahl: Ein lähmendes Ergebnis für Israel, in: FAZ Online, 24.03.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/knesset-wahl-ein-laehmendes-ergebnis-fuer-israel-17261470.html>, abgerufen am 25.03.2021.
- Stahnke, Jochen, Wahlkampf in Israel: Auf einmal umwirbt Netanjahu die arabischen Israelis, in: FAZ Online, 09.03.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahlkampf-in-israel-netanjahu-wirbt-um-arabische-israelis-17230112.html>, abgerufen am 22.03.2021.

Sterkl, Maria, Steigende Nervosität vor vierter Wahl in zwei Jahren in Israel, in: Der Standard, 16.03.2021, <https://www.derstandard.at/story/2000125056204/steigende-nervositaet-vor-vierter-wahl-in-zwei-jahren-in-israel>, abgerufen am 22.03.2021,

Sturm, Daniel Friedrich, Wergin, Clemens, Trumps „Jahrhundertplan“ ist Netanjahus Triumph, in: WELT Online, 29.01.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article205426295/Israel-Donald-Trumps-Jahrhundertplan-ist-Netanjahus-Triumph.html>, abgerufen am 22.03.2021.